

Kalbitzer, Hellmut

Article — Digitized Version

Deutsche Voraussetzungen für den Handel mit dem Ostblock

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kalbitzer, Hellmut (1952) : Deutsche Voraussetzungen für den Handel mit dem Ostblock, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 2, pp. 79-82

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/131464>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsche Voraussetzungen für den Handel mit dem Ostblock

Die politische Entwicklung der letzten Monate und die Unausgeglichenheit des deutschen Außenhandels machen es notwendig, der Normalisierung des Handels mit den Ostblockstaaten stärkste Aufmerksamkeit zu widmen. Auch russische Stimmen haben sich für den Ausbau des Handels mit allen Partnern ausgesprochen. Es ist Aufgabe der deutschen Politik festzustellen, ob es sich hierbei um Propaganda oder ernste Wünsche handelt. Ernste Angebote sind ebenso ernst zu beantworten. Die Bedeutung des Osthandels für Deutschland liegt in seinem Umfang und der Wichtigkeit der aus dem Osten eingeführten Güter.

Die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse nach dem Osten war vor 1939 für Deutschland günstiger als die Ausfuhr nach dem Westen, weil der Osten höhere Preise für Industriegüter zahlte und für uns preisgünstiger in seinen Ausfuhr war, was in der agrarischen Struktur des Ostens und in der relativen geographischen Nähe Deutschlands seine Ursachen hat. Hinzu kommt, daß der Osten ausgesprochene Mangelrohstoffe lieferte. Aus dem Osten (ohne China und Hongkong) führten wir 1936 an Nahrungs- und Futtermitteln 243 Mill. RM, an Rohstoffen und Halbwaren 351 Mill. RM, an Fertigwaren 59 Mill. RM ein. Dabei hat der deutsche Osthandel unter politischen Diskriminierungen gelitten. Bis 1933 dauerte der Handelskrieg mit Polen, später, als man sich mit Polen vertrat, begann der Propagandakrieg gegen Rußland und in den kleineren Oststaaten der Boykott deutscher Waren als Folge der nationalsozialistischen Judenpolitik.

Der Osthandelsumsatz Großbritanniens (ohne China und Hongkong) betrug 1936 1 Mrd. RM gegenüber einem deutschen Osthandelsumsatz von etwa 1,4 Mrd. RM. Dieses Ergebnis wurde erreicht trotz der psychologischen Belastung des deutschen und der psychologisch günstigen Lage des britischen Osthandels.

Nach dem zweiten Weltkrieg

Der deutsche Osthandel betrug 1950 nur noch etwa 605 Mill. DM (145 Mill. Dollar), während Großbritanniens Osthandel noch etwa 264 Mill. Dollar ausmacht. Berücksichtigt man außerdem den Handel mit China und Hongkong, so verschiebt sich das Bild weiter erheblich zuungunsten Deutschlands. Der deutsche und der britische Osthandel einschließlich Chinas und Hongkongs stellten sich in den beiden Vergleichsjahren auf (in Mill. Dollar):

| Jahr | Deutschland | Großbritannien |
|------|-------------|----------------|
| 1936 | 582 | 485 |
| 1950 | 183 | 415 |

Da sich die Umsätze der Ostblockländer nach dem Kriege vergrößert haben, haben auch andere Länder, wie z. B. Skandinavien, Belgien und Frankreich in steigendem Maße vom Osthandel profitiert. Ein umfassender russisch-französischer Handelsvertrag ist in

Vorbereitung, dessen Nebenzweck, die politischen Ost-West-Spannungen zu mildern, unverkennbar ist. Ohne Verstärkung der Handelsbeziehungen mit dem Osten ist der Ausgleich der deutschen Handelsbilanz außerordentlich erschwert. Im laufenden Wirtschaftsjahr bis 30. 6. 1952 hat Deutschland ein wahrscheinliches Handelsbilanzdefizit von einer halben Mrd. Dollar, dessen Deckung größtenteils ungewiß ist. Neben unserer Kohlenknappheit ist die mangelnde Handelsgelegenheit mit der westlichen Welt ein Hauptgrund dieses Defizits. Denn unsere jetzigen Haupthandelspartner, EZU-Länder und USA., sind weitgehend Deutschlands Wirtschaftskonkurrenten und nicht Wirtschaftsräume, die uns ergänzen. Diese Tatsache wird gegenwärtig noch durch den Rüstungsboom verdeckt, der eine anomal hohe Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen in der Welt hervorgerufen hat. Der Marshall-Plan sah deshalb ursprünglich zur Gesundung der Welt und der deutschen Wirtschaft auch die Steigerung des Handels mit dem Ostblock vor. In der Kongreßbotschaft des Präsidenten Truman vom 19. 12. 1947 heißt es:

„Ihre (der Ostblockstaaten) Weigerung, sich an den gemeinsamen Anstrengungen zum Wiederaufbau zu beteiligen, kann diese nur erschweren und wird zweifellos ihre eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in die Länge ziehen. Das sollte jedoch die Wiederherstellung des Handels zwischen Ost- und Westeuropa zum beiderseitigen Vorteil nicht verhindern.“

Am 2. Juni 1951 sagte Präsident Truman:

„Es könne sich nicht darum handeln, einfach blind allen Handel mit dem Ostblock zu unterbinden, sondern es gehe vielmehr darum, solche Maßnahmen nur zu treffen, wenn das im Interesse der Vereinigten Staaten und der ganzen freien Welt liege. Dabei müsse berücksichtigt werden, um welche Waren es sich handle, denn es könnten nicht alle gleich behandelt werden, und vor allem müsse man sich überlegen, ob gewisse Importe aus den Ostblockländern der freien Welt nicht mehr nützlich als ihre Exporte dem Ostblock. Gewisse kriegswichtige Produkte würden von den Vereinigten Staaten und einem großen Teil der freien Welt schon lange nicht mehr nach dem Osten exportiert, aber sie seien genau spezifiziert, und dieses Embargo unterbinde den Handel mit dem Osten nicht vollständig, durch den sich die freie Welt wichtige Rohstoffe, wie Kohle, Holz, Manganerz, Chrom, Asbest und andere Waren, aus den Ostblockländern beschaffen könne. Manche Länder der freien Welt seien traditionsgemäß von Importen aus den Ostblockländern abhängig und würden in große Schwierigkeiten geraten, wenn sie auf sie verzichten müßten. Es gehe auch wirklich nicht an, befreundete Staaten einfach durch Kongreßbeschlüsse mit Sanktionsandrohung zu gewissen Maßnahmen zu zwingen.“ (Neue Zürcher Zeitung.)

Am 13. 9. 1951 erklärte der damalige britische Außenminister Morrison:

„Unser Handel mit Osteuropa trägt erheblich zu unserer Stärke und unserem Wohlergehen bei. Je stärker und gesünder wir sind, desto besser sind wir als Verbündeter zu gebrauchen.“

Zweierlei Maß

Vor zwei Jahren wurde im Rahmen der OEEC die „Cocom“ gegründet, um die Belieferung des Ostblocks mit „strategischem Material“ zu verhindern. Zu diesem Zweck wurden Vorbehaltslisten aufgestellt, die die Handelsgüter klassifizierten nach solchen, deren

Lieferung nach dem Osten überhaupt verboten war, und solchen, deren Lieferung mengenmäßig beschränkt wurde, sowie einer dritten Gruppe, die unbeschränkt lieferbar blieben.

Die Befolgung der Vorbehaltslisten bleibt den einzelnen Regierungen überlassen. Nur in Deutschland sind die Alliierten hierbei weitgehend eingeschaltet. Während die übrigen beteiligten Länder von der „Cocom“ laufend Ausnahmegenehmigungen von diesen Vorbehaltslisten erwirkten, wurde bisher den Deutschen die Stellung solcher Anträge erschwert. Darüber hinaus hielt die amerikanische Grenzkontrolle bisher oftmals genehmigte Sendungen auf, ohne hierzu eine Rechtsgrundlage zu haben. So ereignete sich kürzlich der paradoxe Fall, daß die Ungarn eine schwere Fräsmaschine in die Bundesrepublik lieferten und die gegenzuliefernden einfachen Spiralbohrer von den Amerikanern an der Grenze aufgehalten und erst nach längeren Verhandlungen freigegeben wurden. Dabei sind Fräsmaschinen dieses Ausmaßes zur Ausfuhr in den Ostblock überhaupt nicht erlaubt — die umgekehrte Lieferung wäre also nicht möglich gewesen —, und Spiralbohrer wiederum stehen gar nicht auf der Vorbehaltsliste. Die Ungarn bieten derartige Werkzeugmaschinen übrigens regelmäßig zur Lieferung nach dem Westen an, so daß die amerikanische Behauptung, der Osten sei auf die Lieferung großer Maschinen dringend angewiesen, in diesem Punkt mindestens übertrieben ist.

Während westdeutsche Produkte der Fischindustrie teilweise auf der Vorbehaltsliste stehen, durfte kürzlich England ein Geschäft über 25 000 t Stahl abschließen; auch Weißbleche und ein Sortiment Feinbleche aus Luxemburg nahmen unangefochten ihren Weg nach dem Osten. Auf der anderen Seite konnte Bonn 85 000 t Ostzonenzucker und 5000 t Zucker aus der Tschechoslowakei nur mit einem erheblichen Aufschlag für englische Pfunde kaufen. Auch wurde bekannt, daß die anglo-iranische Ölgesellschaft für fast 12 Mill. DM Öl aus Rumänien und daß England 1 Million t Getreide (das ist fast der ganze russische Ausfuhrüberschuß) und große Mengen Holz kaufte und dagegen Gummi und andere wichtige Waren lieferte. Diese ungleiche Behandlung beweist, daß den Vorbehaltslisten nicht nur ehrliche Befürchtungen vor dem russischen Rüstungspotential zugrunde liegen, sondern ihre Handhabung durch Konkurrenzmaßnahmen mitbestimmt wird.

Leider klappt zur Zeit eine weite Lücke zwischen den verständnisvollen Äußerungen des Präsidenten Truman über den Osthandel und der allgemein herrschenden Meinung in den USA. Die USA selbst haben nie einen wesentlichen Handel mit den Ostblockstaaten gehabt und haben sich dadurch angewöhnt, den Osthandel nur unter dem Gesichtswinkel einer partiellen militärischen Blockade zu betrachten. Aber der russisch beherrschte Wirtschaftsraum ist so groß, daß er fast alle Rohmaterialien zur Verfügung hat und alle notwendigen Produktionen selber erstellen kann. Diesem Gebiet — wie auch dem amerikanischen — können nur gewisse Spezialfabrikate fehlen, die zu beschaffen bisher offenbar möglich war. Die USA kau-

fen umgekehrt ja auch z. B. gewisse knappe Erze gegen bare Dollar aus der UdSSR. Der Nachweis für den strategischen Erfolg der durch die Cocom vereinbarten Osthandelspolitik ist noch nicht erbracht. Man kann deshalb die Zweckmäßigkeit dieser Politik nicht undiskutiert lassen.

Die wirtschaftlich-politische Lage der UdSSR.

Im Hinblick auf die weltpolitische Entwicklung und die Verlagerung des strategischen Schwergewichts aus der Ost-West- in die Nord-Süd-Richtung befindet sich der Sowjetstaat im Stadium eines völligen Umbaus der Wirtschaft.

Die wichtigsten Industrie- und Agrargebiete der UdSSR liegen im mittleren europäischen Rußland; die Union war daher im zweiten Weltkrieg militärisch leicht verwundbar. 47 % der landwirtschaftlichen Anbaufläche, 60 % der Kohle, 63 % des Eisenerzes und 65 % der Eisen- und Stahlerzeugung lagen in den deutsch-besetzten Gebieten.

Mit realistischer Konsequenz ist deshalb nach Beendigung des Krieges der Industrieschwerpunkt in die Gebiete jenseits des Urals verlegt worden. Diese Gebiete haben zwar unbekannt große Bodenschätze, sind landwirtschaftlich aber wegen der Trockenheit nur sehr begrenzt nutzbar, so daß die Ernährungsbasis in den westlichen Gebieten verbleibt. Die industrielle Verlagerung ergibt im Kriegsfall gefährlich weite Entfernungen zur Agrarbasis, die schon im Frieden nicht ohne Schwierigkeiten zu überwinden sein dürften. So sind die gigantischen Projekte der Umleitung der Wassermassen der großen sibirischen Ströme nach Süden entstanden, die bei planmäßiger Erfüllung erst in etwa 10 Jahren eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzung in Sibirien ermöglichen werden. Bevor nicht ihre asiatische Position wirtschaftlich gefestigt ist, widersprechen kriegerische Auseinandersetzungen den wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion. Diese Tatsachen sprechen für die Möglichkeit einer Schwenkung Stalins in der Außenpolitik, und wir wissen aus eigener Erfahrung, daß in einem diktatorischen Staat propagandistische und diplomatische Aktionen mit den wirklichen Absichten und Notwendigkeiten nicht immer übereinzustimmen brauchen.

Sowjetpropaganda für den Osthandel

Die Sowjets entfalten eine groß angelegte Propaganda, um aus der Mißstimmung der durch die Osthandelserschwerungen benachteiligten Wirtschaftskreise Sympathie für sich zu sammeln. Sie bereiten zur Zeit eine Welt-Wirtschafts-Konferenz in Moskau vor, über die das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ am 7. Dezember 1951 u. a. schrieb:

„Wirtschaftler sind gewohnt, sachlich abzuwägen und ihr Interesse, das ihres Wirtschaftszweiges und ihres Landes, im Auge zu behalten. Jeder hat in seinem eigenen Lande schon zahlreiche Gespräche geführt, um herauszufinden, welches Interesse an einer solchen Konferenz besteht. Beabsichtigt ist weder ein Konkurrenzunternehmen zur UNO noch ein Ersatz für Gespräche von Regierungsvertretern. Es handelt sich vielmehr um Einzelpersonlichkeiten, Fachleute der Wirtschaft, die gewillt sind, die Probleme mit wissenschaftlichem Ernst zu studieren.

Gedacht ist an 400 bis 450 Teilnehmer, von denen etwa 30 bis 35 aus der UdSSR, China und den Volksdemokratien kommen, der Rest je zur Hälfte aus den „westlichen“ Industrieländern, zur Hälfte aus sogenannten unterentwickel-

ten Ländern. Eine sehr massige Beteiligung von Vertretern der verschiedensten Wirtschaftszweige ist vor allem aus Westdeutschland zu erwarten."

Die „New York Times“ vom 12. Oktober meinte, Moskau unterstütze diese Konferenz, um Kapitalisten dafür zu gewinnen, daß strategisches Material nach dem Osten geliefert werde, aber auch, um das Vertrauen zu erwecken, daß ein Nebeneinanderbestehen der russischen und westlichen Welt möglich sei.

Dieser Entwicklung begegnete die Bundesrepublik bisher mit nichtssagenden Propagandafloskeln, die der Bedeutung ihrer Aufgaben nicht entsprechen.

Der Bundeswirtschaftsminister Erhard erklärte nur, daß man grundsätzlich einem verstärkten deutschen Handel mit dem Osten zustimme, „sofern nicht die Gefahr besteht, daß das nach dem Osten gelieferte Eisen eines Tages mit Kanonen wieder nach Westdeutschland hineingeschossen wird“.

Hiermit wird erheblich weniger für Deutschland gefordert, als die übrige westliche Welt im Osthandel für sich in Anspruch nimmt. Um durch den Propagandanebel zu den wirklichen russischen Absichten durchzustoßen, müssen wir die Russen beim Wort nehmen und die von russischer Seite gemachten Schwierigkeiten, die einer Normalisierung entgegenstehen, zur Diskussion stellen.

Die russische Aufforderung, an der „Welt-Wirtschaftskonferenz“ in Moskau teilzunehmen, ist völlig absurd. Schon deswegen, weil wirtschaftlich interessierten Personen aus dem Westen keine gleichgestellten Gesprächspartner des Ostens gegenüberstehen. Denn es gibt dort bekanntlich weder private Wirtschaftler, noch ist es in der russischen Diktatur Privatpersonen erlaubt, frei von den staatlichen Direktiven mit Ausländern zu diskutieren. Westlichen Teilnehmern stehen auf einer solchen Konferenz nur Staatsfunktionäre gegenüber. Ergebnisse solcher Konferenzen könnten logischerweise nur auf Kosten der westlichen Volkswirtschaften zustande kommen, denn die privaten westlichen Teilnehmer können naturgemäß nur für ihr eigenes Interesse verhandeln.

Die erste Voraussetzung für Verhandlungen mit den Ostblockstaaten ist deshalb, daß offizielle deutsche Stellen die Verhandlungen führen, die ihren Standpunkt mit den Westmächten ebenso abstimmen, wie jedes Mitglied des Ostblocks bekanntermaßen auch nach gemeinsamen Ostblock-Direktiven verhandelt. Nur die Gleichheit der Verhandlungsposition von Anfang an kann zu allgemein anerkannten und verbindlichen Ergebnissen führen. Wer das nicht beachtet, setzt sich zwischen die Stühle!

Es mehren sich deshalb auch die Stimmen, die eine deutsche Regierungsinitiative verlangen.

Das „Handelsblatt“ schrieb am 31. 12. 1951:

„Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat Anfang Dezember an das BWM die eindeutige Frage gerichtet, aus welchem Grunde die Bundesregierung immer noch keine OEEC-Ausnahmegenehmigung für den Austausch von Vorbehaltsgütern mit dem Osten beantragt habe, während die anderen westeuropäischen Staaten auf Grund solcher Ausnahmegenehmigungen weiterhin im erheblichen Umfange strategische Güter an den Ostblock liefern. Auch die SPD-Bundestagsfraktion forderte Mitte Dezember die Gleichberechtigung im Osthandel und ersuchte die Bundesregierung, mit den Hohen Kommissaren über den Warenaustausch mit dem Osten zu verhandeln. Damit soll erreicht werden, daß der Bundesrepublik keine größeren Einschrän-

kungen im Osthandel auferlegt werden als den westlichen Alliierten, insbesondere Großbritannien. Ferner verlangt dieser Antrag, daß die Vorbehaltslisten unter deutscher Beteiligung aufgestellt und international gleich streng eingehalten werden.“

Organisatorische Hemmnisse

Die Ostblockstaaten lehnten es bisher ab, mit der Bundesrepublik zu verhandeln, weil sie uns staatsrechtlich nicht anerkennen. Es bestehen nur mit einigen Ostblockstaaten Handelsabkommen aus der Zeit vor der Gründung der Bundesrepublik, die von den Hohen Kommissaren für die westlichen Besatzungsgebiete abgeschlossen wurden. Diese Abkommen werden provisorisch verlängert und müssen, da sie der heutigen Situation nicht mehr entsprechen, notwendigerweise dauernd schrumpfen.

Am 7. August 1951 schrieb die „Iswestija“ in dem Artikel „Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit — Mittel zur Stärkung des Friedens“:

„... Wie bekannt, offenbart die Sowjetunion dauernd die Bereitwilligkeit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen Ländern auf der Grundlage des gleichen Rechtes und beiderseitigen Nutzens zu unterstützen und zu entwickeln. Der Sowjetstaat hält es für richtig, daß eine normale Entwicklung des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen allen Ländern, unbeschadet ihrer sozialwirtschaftlichen Systeme, ein ernsthaftes Mittel zur Unterstützung und Erstarkung des Friedens sein kann. „Unsere Außenpolitik ist klar“, sagt Genosse Stalin. „Sie ist die Politik der Erhaltung des Friedens und der Verstärkung der Handelsbeziehungen zu allen Ländern... Wer den Frieden will und mit uns Geschäftsverbindungen anstrebt, der wird bei uns immer Unterstützung finden.“ Der Sowjetstaat führt folglich auch das Prinzip der Rechtsgleichheit in den Handelsbeziehungen, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder, des Ausgleichs des beiderseitigen Nutzens und der Interessen durch. Die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie sind ihrerseits bereit, allseitig die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit unter der Beachtung der Gleichberechtigung und der Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen zu entwickeln.“

Diesen Ausführungen folgte am 27. September ein Handelsabkommen der UdSSR mit der Ostzonenverwaltung. Nach Abschluß forderte der Planungschef der Ostzone, Rau, die Bundesregierung auf, den Handel mit dem Ostblock, insbesondere der UdSSR, ebenfalls zu vermehren. Der vorgeschlagene Weg, sich zu diesem Zweck der Ostzonenwirtschaftsverwaltung anzuhängen, kann nur als politisches Raffinement angesehen werden, um die Anerkennung der Ostzone zu erlangen. Die Ostzonenverwaltung ist aber nur als Anhängsel der Sowjetwirtschaft anzusehen, die nicht aus deutschem Interesse zu handeln vermag.

Der östliche Partner ist stets ein staatliches Handelsmonopol, das sein Verhalten primär nach den Staatsnotwendigkeiten seines Landes richtet. Diesem Partner ist die westliche private Wirtschaft immer unterlegen. Wohl mag der einzelne Kaufmann dabei auf seine Rechnung kommen; es geht aber auf Rechnung der Gesamtheit, weil er naturgemäß die gesamtwirtschaftlichen Interessen seines Landes nicht vertreten kann. Die deutschen Osthandelsinteressenten müssen also nach Direktiven einer Osthandelsgesellschaft arbeiten, wie es ähnlich vor 1933 schon der „Rußlandausschuß der deutschen Wirtschaft“ tat, der nach staatspolitischen Direktiven handelte. Nur gleichwertige Handelsmethoden können in diesem Handel Erfolg bringen. Die Frage, ob eine derartige Maßnahme gegen die Dekartellisierungsverordnung der Alliiert-

ten verstößt, muß dahin beantwortet werden, daß uns dasselbe Maß an Kartellisierung im Außenhandel gestattet werden muß wie der Konkurrenz. Andernfalls wird der Ost-West-Handelskrieg ein Handelskrieg beider Seiten gegen Deutschland. Die Bundesrepublik hat keine Konsulats- und Handelsvertretungen in den Ostblockstaaten, und es bestehen keinerlei diplomatische Beziehungen. Das

schließt einen gleichberechtigten Handel aus, weil es dem deutschen Partner die Beobachtung der Wirtschaft der Oststaaten erschwert und seine persönliche und rechtliche Gleichstellung schon bei Verhandlungen gegenüber dem östlichen Partner unmöglich macht. Diese Voraussetzung ist nur von den Oststaaten zu erfüllen. Ihre Erfüllung wäre die Probe darauf, wie weit die Russen bereit sind, zur Tat überzugehen.

David Scott, London

Der britische Handel mit dem Ostblock

Großbritanniens Handel mit dem Ostblock ist heute mehr eine politische als eine wirtschaftliche Frage. Während der Osthandel vom Standpunkt der Zahlungsfähigkeit des Vereinigten Königreichs äußerst wünschenswert oder sogar notwendig ist, wird die Haltung der britischen Regierung in erster Linie von politischen und strategischen Erwägungen sowie im Hinblick auf die anglo-amerikanischen Beziehungen bestimmt. Obwohl die konservative Regierung seit ihrer erneuten Amtseinstellung keine Erklärung über ihre Politik hinsichtlich des Osthandels abgegeben hat, läßt sich doch die Tendenz abschätzen.

Der gegenwärtige Status

Die folgenden Zahlen über den britischen Handel mit dem Osten zeigen eine wertmäßige Steigerung, insbesondere der Einfuhren, im Jahre 1951 gegenüber den vorangegangenen zwei Jahren.

Großbritanniens Handel mit dem Ostblock
(in Mill. £)

| Land | Import | | | Export und Re-Export | | |
|------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|----------------------|--------------------|--------------------|
| | 1949 ¹⁾ | 1950 ²⁾ | 1951 ²⁾ | 1949 ¹⁾ | 1950 ¹⁾ | 1951 ²⁾ |
| UdSSR. | 12,7 | 31,7 | 53,8 | 9,8 | 12,4 | 21,2 |
| Polen | 13,2 | 17,4 | 19,2 | 9,5 | 7,1 | 7,0 |
| Ostdeutschland ²⁾ | | | 2,5 | | | 0,4 |
| Tschechoslowakei | 1,9 | 7,8 | 8,6 | 5,5 | 4,7 | 3,6 |
| Rumänien | 1,9 | 0,6 | 1,6 | 2,1 | 1,3 | 2,1 |
| China | 3,5 | 9,5 | 7,7 | 2,2 | 2,9 | 2,6 |
| insgesamt | 33,2 | 67,0 | 93,4 | 29,1 | 28,4 | 36,9 |

¹⁾ 11 Monate; ²⁾ 1949 und 1950 nicht gesondert ausgewiesen

Diese Steigerung ist in vielen Fällen jedoch Preiserhöhungen zuzuschreiben. Während Großbritannien 1951 z. B. 840 000 t Getreide aus der Sowjetunion einführte gegenüber 680 000 t im Vorjahr, hat sich der Einfuhrwert nahezu verdoppelt. Die Einfuhren an Weichholz aus der UdSSR. sind auf 65 % des vorjährigen Volumens zurückgegangen, während der Gesamtwert etwas höher lag. Interessant ist auch die Zusammensetzung der britischen Exporte nach der Sowjetunion. Während in den Jahren 1949 und 1950 Fertigwaren etwa 85 % der Gesamtausfuhr ausmachten und der Rest auf Re-Exporte entfiel, hatte sich das Verhältnis in den ersten 11 Monaten 1951 genau umgekehrt: die wertmäßige Steigerung auf 21,2 Mill. £ war hauptsächlich auf den gestiegenen Re-Export von Kautschuk (via London) zurückzuführen. Mengennmäßig war der Re-Export von Rohkautschuk um das 3 1/2fache gestiegen, während die erhöhten Preise zu einer wertmäßigen Steigerung um das 8 1/2fache führten. Dagegen sind die britischen Exporte von Maschinen und Fahrzeugen im vergangenen Jahr stark zurückgegangen, in

einigen Fällen ganz eingestellt worden. Überraschenderweise sind jedoch die Exporte von Werkzeugmaschinen zur Metallbearbeitung nach der Sowjetunion sowohl mengen- als auch wertmäßig leicht gestiegen.

Der europäische Osthandel

Großbritanniens Nahrungsmittel-Einfuhren aus Polen haben wertmäßig im allgemeinen die gleiche Höhe behalten, während die Einfuhr bei einigen Erzeugnissen mengenmäßig erheblich zurückgegangen ist. Die Lieferungen von Geflügel und Eiern aus Polen beliefen sich im vergangenen Jahr auf etwa ein Fünftel des Standes von 1950, während die Importe von Weichholz und Grubenhölzern unerheblich waren. Dieser Rückgang folgte einer Kürzung der Maschinen-Exporte Großbritanniens nach Polen um ein Drittel. Von dieser Kürzung waren insbesondere Werkzeugmaschinen, Ausrüstungen für die Ölraffinerie und Textilmaschinen betroffen. Der britische Handel mit der Tschechoslowakei hielt sich auf etwa der gleichen Höhe, mit Ausnahme fühlbarer Verringerungen der britischen Exporte von Maschinen bestimmter Typen und der Re-Exporte von Kautschuk. Der Handel mit Ostdeutschland wurde vom Board of Trade im Jahre 1951 zum erstenmal gesondert ausgewiesen, jedoch läßt sich die warenmäßige Zusammensetzung schwer bestimmen. Der Handel mit Rumänien hat wertmäßig leicht zugenommen, während der Warenaustausch mit Bulgarien und Albanien weiterhin unbedeutend blieb. Großbritanniens Handel mit Polen und der Tschechoslowakei erfolgt im Rahmen fünfjähriger bilateraler Abkommen, die aus dem Jahre 1949 stammen. Mit der Sowjetunion sind hauptsächlich Verträge über Weizen- und Holzlieferungen im Austausch gegen freie Sterling abgeschlossen worden. Bisher liegen keine Anzeichen dafür vor, daß dieser Handelsaustausch größere Unterbrechungen erfahren wird, obwohl das Zurückhalten von Werkzeugmaschinen und Öltankern seitens Großbritanniens während der letzten 18 Monate, über die mit Polen bereits Verträge abgeschlossen waren, Unzufriedenheit in einigen Kreisen hervorgerufen hat. Aber schon aus den Statistiken läßt sich ersehen, daß die Exportlizenzierung und die Auswirkungen der amerikanischen Battle Bill Auswahl und Umfang der britischen Exporte nach dem Ostblock erheblich beschränkt haben und daß der Handelsaustausch selbst auf dem gegenwärtigen niedrigen Niveau auf Grund von Abkommen aufrechterhalten wurde, die es diesen